

Landrat Dr. Ansgar Müller hat am Mittwoch, 5. September, zusammen mit Kreisdirektor Ralf Berensmeier die Behindertenbeauftragte des Kreises Wesel vorgestellt. „Ich freue mich, dass wir mit Frau Morsch eine kompetente Kollegin gefunden haben, die diese wichtige Aufgabe sehr effizient und erfolgreich erledigt. Die Unterstützung des Verwaltungsvorstandes war ihr dabei von Anfang an gewiss“, so der Landrat.

Die 49jährige Moerserin Erika Morsch nimmt diese Aufgabe seit Anfang des Jahres wahr und hat sich bereits gut eingearbeitet. „Mein Hauptziel ist es, die Belange der Menschen mit Behinderung verstärkt ins Bewusstsein aller zu bringen“, so Erika Morsch.

Dabei gilt es nicht nur auf physische Barrieren, wie Stufen, aufmerksam zu machen und diese abzubauen, sondern auch die „unsichtbaren“ Barrieren in Form von kommunikativen Schranken, denen zum Beispiel hörbehinderte Menschen ausgesetzt sind, zu verdeutlichen. Die barrierefreie Gestaltung der Internetseiten hat dabei ebenso Priorität wie die Beteiligung bei baulichen Veränderungen und auch bei der Umsetzung der Reform der Versorgungsverwaltung.

Bisher befasste sie sich unter anderem mit folgenden Aufgaben: Regelungen für die Gestaltung barrierefreier Dokumente und Kommunikationshilfen für hörgeschädigte und gehörlose Bürgerinnen und Bürger; Hörgeschädigte oder Gehörlose haben die Möglichkeit, mit Hilfe eines Gebärdendolmetschers an den Sitzungen der politischen Gremien teilzunehmen; ein Aufzug wurde mit einer Sprachausgabe und einem waagerechten Bedienteil ausgestattet und als Behindertenaufzug gekennzeichnet; Informationsaustausch auf Landes- und Kreisebene; Besuch einzelner Behindertenorganisationen etc.

Das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ist am 1.1.2004 in NRW in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist es, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Eine Arbeitsgruppe hat sich mit der Umsetzung befasst und dem Kreistag dazu am 11. Dezember 2006 einen Vorschlag unterbreitet. Dieser hat die vorgeschlagene Satzung verabschiedet, die auch die Bestellung einer/s hauptamtlich tätigen Behindertenbeauftragten vorsieht.

Mit der Behindertenbeauftragten gibt es eine Ansprechpartnerin für Bürgerinnen und Bürger zum Thema Behindertenrecht. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die kreisangehörigen Kommunen verpflichtet sind, diese Aufgabe eigenverantwortlich wahrzunehmen. Die Behindertenbeauftragte der Kreisverwaltung hat also keine übergeordnete Funktion.

Da ihre Aufgaben und Maßnahmen nicht nur intern, sondern auch nach außen wirken, wurde in Absprache mit den Wohlfahrtsverbänden eine externe Fachkraft zu ihrer Unterstützung benannt. Durch den von den Verbänden vorgeschlagenen selbst betroffenen Volker Althoff (Projektmanager aus Neukirchen-Vluyn) ist sichergestellt, dass die Sicht und die Belange der Menschen mit Behinderung umfassend berücksichtigt werden.